

Betreff:

Situation bei ESWE Verkehr
- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 13.09.2023 -

Antragstext:

In den Tagen vor der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung der ESWE Verkehrsgesellschaft, bei der über den von den Arbeitnehmervertretern eingereichten Abwahantrag gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden, Stadtrat Andreas Kowol, abgestimmt werden sollte, wurde der Magistrat plötzlich aktiv. Gleich verschiedene Dezernenten meldeten sich über die Medien oder in Briefen zu Wort. Zudem fasste der Magistrat in Abwesenheit des Oberbürgermeisters einen Beschluss, dessen Rechtmäßigkeit laut Medienberichten mittlerweile in Zweifel gezogen wird. Im Beschluss suggeriert der Magistrat, dass eine Abwahl die „Direktvergabe und somit den Fortbestand der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH in ihrer heutigen Form“ gefährde.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. auf welcher rechtlichen Grundlage der Magistrat zum Schluss kommt, dass eine Abwahl die „Direktvergabe und somit den Fortbestand der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH in ihrer heutigen Form“ gefährde.
2. ob die Vorlage mit dem städtischen Rechtsamt abgesprochen war.
3. wann ein Beschluss der städtischen Gremien über eine erneute Direktvergabe der Busverkehrsdienstleistungen an ESWE Verkehr rechtlich frühestens möglich ist.

Wiesbaden, 20.09.2023